

Pressemitteilung
Kiel, 23.05.2024

Armutsforum: Menschen in Armut besser beteiligen

Die Kieler Ratsfraktionen von SSW, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD setzen sich für eine bessere Beteiligung von Menschen mit Armutserfahrungen ein. Zum Beschluss ihres gemeinsamen Antrags „Beirat für Menschen mit Armutserfahrung“ in der heutigen Sitzung des Sozialausschusses erklären Ratsmitglied Jaqueline Hörlöck und Ratsmitglied Marvin Schmidt, sozialpolitische Sprecherin und bildungspolitischer Sprecher der SSW-Ratsfraktion Kiel:

„Mit der gemeinsamen Überarbeitung und Mit Antragstellung des SSW-Antrags ‚Beirat für Menschen mit Armutserfahrung‘ (Drs. 0926/2023-01) von Grünen und SPD legen wir den Grundstein dafür, den armutsbetroffenen Menschen in Kiel eine Stimme zu geben und ihre Partizipation an den Entscheidungsprozessen in der Landeshauptstadt zu verbessern. Von Armut betroffene Menschen und ihre Interessenvertretungen sollen dort Mitglied sein können und ihre Interessen gehört werden. Sobald der Prüfbericht für das Armutsforum vorliegt, müssen wir baldmöglichst in die Umsetzung gehen und die weiteren Schritte unternehmen, damit Menschen mit Armutserfahrung sich in die Entscheidungsfindung im Kieler Rathaus besser einbringen können.“

Karla Frieben-Wischer, sozialpolitische Sprecherin der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen ist überzeugt, dass ein Forum die geeignete Form der Partizipation für Menschen mit Armutserfahrung ist:

„In einem Forum für Menschen mit Armutserfahrungen ist jede*r willkommen. Hier sollen Menschen in Armut die Möglichkeit haben, ihre Anliegen und Vorschläge ohne große Hürden gegenüber Initiativen, Hilfseinrichtungen und der Verwaltung zu formulieren. Gleichsam wollen wir bestehende Netzwerke und Initiativen sowohl von, als auch für Menschen mit Armutserfahrung stärker fördern, denn hier ist der Ort, wo sie Gehör finden und ihre Interessen vertreten werden.“

Anna-Lena Walczak, sozialpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion erklärt:

„Wachsende Armut ist ein Phänomen, das wir in Kiel mit Sorge beobachten. Die Ursachen liegen außerhalb des kommunalpolitischen Einflusses, wir müssen aber darauf aufmerksam machen und wieder und wieder Landes- und Bundespolitik ansprechen. Und wenn wir sehen, dass sich Armut in vielen Familien und sozialen Gruppen vererbt und der Alltag für Menschen in Armut immer schwerer wird, müssen wir vor Ort alles versuchen, um Armutsstrukturen zu durchbrechen und Teilhabe für alle sicherzustellen.“